

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

07.09.2015

Protokoll

der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen am Montag, 7.
September 2015 im Senatssaal

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:55 Uhr

Herr Gero Maas
Herr Winfried Kremer
Frau Sandra Schlegel
Frau Beate Schinkel
Frau Martina Meyer
Frau Katrin Teetz
Herr Dietger Wille
Herr Fred Wixforth

Mitglied der Bürgerschaft

Herr Jan Evers	
Herr André Bleckmann	i. V. Herr Stephan Gielow
Herr Dr. Stefan Fassbinder	
Frau Yvonne Görs	
Herr Heiko Jaap	
Herr Dr. Andreas Kerath	i. V. Herr Erik von Malottki
Herr Franz-Robert Liskow	i. V. Herr Franz Küntzel
Herr Thomas Mundt	
Herr Dr. Sascha Ott	i. V. Frau Carola Rex
Frau Birgit Socher	i. V. Herr Daniel Seiffert

Sachkundiger Einwohner

Herr Martin Banduch	
Frau Bettina Bruns	i. V. Herr Tobias Linke
Herr Markus Kolbe	
Herr Walter Noack	i. V. Herr Jörg Köster
Frau Brigitte Witt	

Gast

Herr Schönerstedt-Jankowski

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 22.06.2015
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Beschlusskontrolle
- 5.1. Mietpreisbremse
Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, Milos Rodatos, Petra Dörwald, interfraktionell ang
6. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 6.1. Jahresabschluss 2014 des Abwasserwerkes Greifswald – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Abwasserwerk Greifswald, Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
- 6.2. Wirtschaftsplan 2015 des See- und Tauchsportzentrums – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Eigenbetrieb See- und Tauchsportzentrum
- 6.3. Maßnahmeplan zum Zukunftskonzept des Eigenbetriebes See- und Tauchsportzentrum (STZ)
Der Oberbürgermeister
- 6.4. Annahme von Spenden für die Kindertagesstätten „Weg ins Leben“ und „Friedrich Wolf“
Oberbürgermeister, Eigenbetrieb "Hanse-Kinder"
- 6.5. Geschäftsordnung für den Fachbeirat der Greifswald Marketing GmbH (GMG)
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
- 6.6. Bildung eines neuen Produktes „12603 Kameradschaftskasse“
Dez. I, Amt 20
- 6.7. Straßenumbenennung des Gebäudekomplexes Friedrich-Loeffler-Straße 23 (ehemals altes Klinikum, nun neuer Campus) in Ernst-Lohmeyer-Platz
Dez. I, Amt 41
- 6.8. Annahme einer Spende des Fördervereins Stadtbibliothek Greifswald e.V. für die Stadtbibliothek
Dez. I, Amt 41
- 6.9. Umsetzungsliste Sanierung nach Bewilligung der Programme 2015
Dez. II, Stabsstelle Stadtsanierung
- 6.10. Mittelbeantragung Sanierungsprogramme 2016
Prioritätenliste

Dez. II, Stabsstelle Stadtsanierung
- 6.11. Überplanmäßige Ausgabe Mehrzweckhalle
Dez. II, Amt 23
- 6.12. Überarbeitung Kriterienkatalog für den Verkauf städtischer Grundstücke im Sanierungsgebiet (2. Durchgang)
Dez. II, Amt 23
- 6.13. Ergänzungen zur Anwendung des Kriterienkatalogs für Ausschreibungen von Grundstücken im Sanierungsgebiet
Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP

- 6.14. Die Anpassung des Bewertungs- und Zertifizierungssystems zum nachhaltigen Bauen an die Erfordernisse kommunaler Neubau- und Sanierungsvorhaben zugunsten der ökonomischen Optimierung
Dez. II, Amt 23
- 6.15. Uferstreifen zwischen Nordmole und „Utkiek“
Dez. II, Amt 66
- 6.16. Keine Überlassung kommunaler oder eigenbetrieblicher Flächen an Zirkusse, die Wildtiere mitführen
Bündnis 90/ Die Grünen, SPD interfraktionell angestrebt
- 6.17. Förderung junger Familien durch Gewährung von Preisnachlässen bei Grundstückskäufen
SPD-Fraktion
- 7. Information der Verwaltung
- 7.1. Bewirtschaftung Parkscheinautomaten
Dez. II, Amt 66
- 8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschusmitglieder
- 9. Informationen des Ausschussvorsitzenden
- 10. Schluss der Sitzung

TOP 1. Eröffnung der Sitzung

Herr Mundt eröffnet die Sitzung mit 14 stimmberechtigten Mitgliedern.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen

TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 22.06.2015

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, 6 Enth.

TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

keine

TOP 5. Beschlusskontrolle

TOP 5.1. Mietpreisbremse

06/284.2
B165-06/15

Frau Teetz berichtet in Bezug auf Punkt 4 des Beschlusses über die Auswirkungen auf die WVG mbH, wenn es zu einer Selbstverpflichtung kommen sollte. Zum Prüfauftrag gibt es ein Schreiben der Geschäftsführung, welches dem Verwaltungsbericht zur nächsten Bürgerschaftssitzung beigelegt ist.

Der Aufsichtsrat hat sich intensiv im April und Juli mit den Themen beschäftigt.

Mehrheitlich erklären sich der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung auf dem Wege der freiwilligen Selbstverpflichtung bereit, bei Wiedervermietung von Bestandswohnungen künftig die Kappung oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmieten auf höchstens 10 % zu begrenzen. Die sich daraus ergebende Mindereinnahme wird sich auf ca. 22 TEUR jährlich belaufen. Die Selbstverpflichtung bezieht sich nicht auf Neubau- und Modernisierungsmaßnahmen.

Auf die Anfrage von Herrn von Malottki, inwiefern die anderen Punkte umgesetzt wurden, erklärt Herr Mundt, dass kein Anwesender darüber etwas sagen kann.

Frau Teetz weist darauf hin, dass die anderen Punkte, beispielsweise die Errichtung einer AG „Bezahlbarer Wohnraum“ die Bürgerschaft betreffen. Die Bürgerschaftspräsidentin wird dazu einladen. Auch die WVG hat einen Vertreter entsandt.

Der andere Punkt beinhaltet das Schreiben an die Landesregierung, welches von der Bürgerschaft erarbeitet und durch die Verwaltung versandt wurde. Eine eindeutige Aussage kann Frau Teetz nicht treffen, da es sich um keine Beschlüsse handelt, die von der Verwaltung umzusetzen waren.

Zum Abschluss der Diskussion bittet Herr Wille, die Punkte im Rahmen der Beschlusskontrolle in der Bürgerschaft zu thematisieren.

TOP 6. Diskussion von Beschlussvorlagen

TOP 6.1. Jahresabschluss 2014 des Abwasserwerkes Greifswald – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/391

Der stellvertretende Betriebsleiter des Abwasserwerkes, Herr Schönerstedt-Jankowski, berichtet über das vorliegende Papier.

Der Jahresabschluss wurde gemäß den Forderungen der Eigenbetriebsverordnung und kommunalen Abgabenverordnung in M-V erstellt.

Die KPMG hat den Jahresabschluss geprüft und einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Der Betriebsleitung wurde die ordnungsgemäße und wirtschaftliche Betriebsweise bestätigt.

Der erzielte Jahresüberschuss beträgt 1,283 Mio. EUR, davon sollen 850 TEUR einer zweckgebundenen Umlage zugeführt werden und 408 TEUR dem Haushalt der Universitäts- und Hansestadt Greifswald. Die Bürgerschaft ist in Kenntnis zu setzen, dass

die KPMG auch den Jahresabschluss 2015 prüfen wird.

Auf Anfrage von Herrn Evers erklärt Frau Teetz, dass die Prüfung durch die KPMG das dritte Jahr erfolgt, alle fünf Jahre gibt es einen Wechsel.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen, 2 Enth.

**TOP 6.2. Wirtschaftsplan 2015 des See- und Tauchsportzentrums – Eigenbetrieb der
Universitäts- und Hansestadt Greifswald**

06/408

Frau Teetz:

Der im Dezember vorigen Jahres vorgelegte Wirtschaftsplan wurde durch die Bürgerschaft nicht bestätigt. Da ohne rechtliche Grundlage der Eigenbetrieb das Jahr nicht abschließen sollte, liegt jetzt erneut ein Wirtschaftsplan vor. Aufgezeigt werden das laufende Geschäftsjahr sowie die Hochrechnung bis zum Jahresende. Das erwartete Defizit beläuft sich auf 295 TEUR. Insbesondere zu den Maßnahmen und zum Konzept hat die Arbeitsgruppe der Fraktionen und Mitglieder des Fördervereins getagt. Auch die Verwaltung hat sich mit den Mitarbeitern des See- und Tauchsportzentrums zusammengesetzt. In Bezug auf das Marketing sind bereits Maßnahmen angedacht worden.

In diesem Jahr muss zum Erhalt der Klassifizierung ein Werftaufenthalt stattfinden. Dieser ist alle 2 ½ Jahre fällig und kostet 35 TEUR. Außerdem muss in diesem Jahr die Außenhaut in Höhe von 30 TEUR erneuert werden. Die dafür beantragte Förderung war nicht genehmigt worden.

Auf Nachfrage von Frau Görs erklärt Herr Wille, dass das Defizit um 18.800 EUR höher liegt, als Ende 2014. Als Deckungsquelle wurde die Kreisumlage von 47 % genommen. Geplant wurde ursprünglich mit einem Kreisumlagesatz von 48 %, der vom Kreistag aber geringer ausfiel.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 1 Enth.

**TOP 6.3. Maßnahmeplan zum Zukunftskonzept des Eigenbetriebes See- und Tauchsportzentrum
(STZ)**

06/423

Frau Teetz:

Aus der Zukunftswerkstatt sind die Ideen zusammengetragen und in der Arbeitsgruppe mit Vertretern der Fraktionen besprochen worden. Im Maßnahmeplan wird dargestellt, welche Wirkung die einzelne Maßnahme erzielt bzw. welches Potential diese beinhaltet. Die Auswirkungen für den Mehraufwand oder notwendige Investitionen in Bezug auf den Wirtschaftsplan sind ebenfalls dargestellt.

Für den Eigenbetrieb allgemein betreffend wurde vorgeschlagen, einen Betriebsausschuss zu bilden. Das Personalentwicklungskonzept beinhaltet die einzelnen Bereiche und hier soll insbesondere der Personalaufwand gesenkt werden. Die Stelle des Betriebsleiters soll wieder besetzt werden. Solange nimmt der Oberbürgermeister als gesetzlicher Vertreter die Aufgabe wahr. Herrn Borchert wurde die Koordination übertragen.

Es wird weiter vorgeschlagen, die Pension „Schipp in“ in Wieck umzubauen. Mehreinnahmen sollen über die Installation von Buchungssystemen erzielt werden. Über Personaleinsparungen sollen Kosten gesenkt werden.

Auch bei der „Greif“ könnten durch mögliche Personaleinsparungen Kosten reduziert werden, wobei die Mindestbesetzung vorgehalten werden muss. Durch eine Verbesserung des Marketings und bei Auslastung der Törns könnten sich die Umsätze wieder verbessern. Über die Jahre wird mittelfristig mit einer Steigerung von 130 TEUR gerechnet.

Nach der Diskussion wird die Vorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 2 Enth.

TOP 6.4. Annahme von Spenden für die Kindertagesstätten „Weg ins Leben“ und „Friedrich Wolf“

06/410

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen

TOP 6.5. Geschäftsordnung für den Fachbeirat der Greifswald Marketing GmbH (GMG)

06/413

Herr Linke erklärt, dass ursprünglich gesagt wurde, dass die Bürgerschaft einen größeren Einfluss auf den Fachbeirat haben sollte. Jetzt ist die Bürgerschaft nur mit einer Person vertreten. Damit ist man nicht einverstanden.

Herr Wille antwortet, dass die fachliche Beratung der GMG durch den Beirat vorgesehen ist. Die Einflussnahme der Bürgerschaft ist über die Gesellschafterfunktion möglich. Die unmittelbare Gesellschafterrolle führt der Oberbürgermeister aus. Das Arbeitsgremium soll aus maßgeblichen Akteuren in diesem Bereich in Greifswald und Umgebung bestehen. Daher wird ein Vertreter der Bürgerschaft als ausreichend gesehen. Durch den Fachbeirat sollen keine Beschlüsse gefasst werden, die für das Budget relevant sind. Seine Aufgabe ist die inhaltliche Begleitung.

Herr Linke sieht in der Kombination von Fachbeirat und Bürgerschaft keinen Widerspruch. Daher stellt seine Fraktion einen Änderungsantrag im Hauptausschuss zu dieser Geschäftsordnung, mit dem Ziel, dass die Zahl der Bürgerschaftsmitglieder auf 5 erhöht wird und damit jede Fraktion vertreten ist. Die Anzahl der Vertreter der Universität soll sich von 1 auf 2 erhöhen.

Zum Schluss der Diskussion bittet Herr Wille, darüber nachzudenken, ob keine Regelung über den Haushalt, in dem die Höhe der Zuschüsse geplant wird, möglich ist. Es ist nicht notwendig, den Fachbeirat zu erweitern.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 4 Enth.

TOP 6.6. Bildung eines neuen Produktes „12603 Kameradschaftskasse“

06/395

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen, 2 Enth.

TOP 6.7. Straßenumbenennung des Gebäudekomplexes Friedrich-Loeffler-Straße 23 (ehemals altes Klinikum, nun neuer Campus) in Ernst-Lohmeyer-Platz

06/384

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen, 2 Enth.

TOP 6.8. Annahme einer Spende des Fördervereins Stadtbibliothek Greifswald e.V. für die Stadtbibliothek

06/385

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen

TOP 6.9. Umsetzungsliste Sanierung nach Bewilligung der Programme 2015

06/409

Frau Schinkel gibt Erläuterungen zum Quartiermanagement Fleischervorstadt.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, 6 Enth.

**TOP 6.10. Mittelbeantragung Sanierungsprogramme 2016
Prioritätenliste**

06/411

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen, 3 Enth.

TOP 6.11. Überplanmäßige Ausgabe Mehrzweckhalle

06/398

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen, 1 Enth.

TOP 6.12. Überarbeitung Kriterienkatalog für den Verkauf städtischer Grundstücke im Sanierungsgebiet (2. Durchgang)

06/399

Herr Mundt:

Seinerzeit wurde im Finanzausschuss empfohlen, dass kein neuer Kriterienkatalog erstellt wird. Die jeweilige Ausschreibung sollte vorab mit dem vorliegenden Kriterienkatalog im Ausschuss besprochen werden. Jetzt stellt sich die Frage, wie mit dem neuen Kriterienkatalog umgegangen werden soll.

Herr von Malottki erklärt, dass seine Fraktion einen Änderungsantrag an die Bürgerschaft stellen wird.

Die Maßgabe für Wohnraum bei Menschen mit Handicap sollte stärker gewichtet werden. Besondere kulturelle und soziale Nutzung soll die Punktzahl verdoppeln.

Außerdem sollte die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum gefördert werden. 4 Punkte, wenn der Bauherr sich verpflichtet, ab Kauf für 3 Jahre die Kaltmieten in den Wohnungen um maximal 10 % durch Modernisierungsumlagen steigen zu lassen. Wenn der Käufer sich verpflichtet, die Kaltmieten im Gesamtobjekt für 6 Jahre maximal um 10 % pro Wohnung ab erstmaliger Vermietung steigen zu lassen, gibt es 4 Punkte.

Herr Kremer erklärt, dass der Bauausschuss einen neuen Kriterienkatalog gefordert hat. Durch die Mitglieder der Bürgerschaft der verschiedenen Parteien sollten Vorschläge gemacht werden. Diese sind nicht erfolgt. Daher wurde durch den Hauptausschuss empfohlen, die Vorlage entsprechend zu überarbeiten.

Die Verwaltung hat von sich aus zwei Änderungen eingearbeitet.

Herr Kremer gibt die Empfehlung, den neugefassten Kriterienkatalog allgemein verbindlich festzuschreiben und für die Vergabe der restlichen 8 Grundstücke anzuwenden.

Herr Kolbe:

Die Bürgerliste hat einen Teamvorschlag auf Basis des Kriterienkataloges gemacht. Ein Punkt war, die Bewerber der letzten 5 Jahre zu berücksichtigen, die nicht bereits erfolgreich geboten haben. Damit kann man mitgehen.

Der andere Punkt war, die Eigennutzung als Kriterium anzuwenden.

Dieses sollte nur einmal für jeden Bewerber möglich sein, egal wie oft er sich bewirbt. Das könnte unter Punkt II.1 als Ergänzung eingefügt werden.

Bei Punktgleichheit ein Los entscheiden zu lassen, wird für nicht notwendig gehalten. Wie soll eine Losentscheidung aussehen, damit diese nicht angreifbar ist. Hier sollte die Bürgerschaft nach objektiven Kriterien entscheiden.

Sollten die Änderungen in den Kriterienkatalog eingearbeitet werden, würde er den vorliegenden Beschluss zurückziehen, da er inhaltlich nicht mehr zutrifft.

Herr Kolbe macht drei Änderungsvorschläge:

1. Pkt. VI. Die sozialen Kriterien zu verdoppeln, um ihnen mehr Gewicht zu verleihen.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 3 Enth.

2. Pkt. II.1. Zusatz bei mehrfacher Eigennutzung – Punkte für Eigennutzung können für den Hauptbewerber nur für eine Bewerbung vergeben werden.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen, 3 Enth.

3. Bei gleicher Punktvergabe entscheidet die Bürgerschaft und nicht das Losverfahren.

Herr Wille erklärt, dass bei einem festgelegten Losverfahren, keine erhöhten Anforderungen bestehen, wie z. B. die Notwendigkeit eines Notars. Sollte das Losverfahren nicht angewendet werden, schlägt er vor, die Entscheidung statt der Bürgerschaft vom Hauptausschuss treffen zu lassen, welcher grundsätzlich über Grundstücksgeschäfte beschließt.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 11 Enth.

Der geänderte Kriterienkatalog wird abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen, 3 Nein—Stimmen, 6 Enth.

TOP 6.13. Ergänzungen zur Anwendung des Kriterienkatalogs für Ausschreibungen von Grundstücken im Sanierungsgebiet

06/360

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

TOP 6.14. Die Anpassung des Bewertungs- und Zertifizierungssystems zum nachhaltigen Bauen an die Erfordernisse kommunaler Neubau- und Sanierungsvorhaben zugunsten der ökonomischen Optimierung

06/400

Herr Kremer beantwortet die in der Diskussion gestellten Fragen.

Herr Mundt erklärt, dass letztendlich in der Sitzung dargestellt werden soll, welcher Mehraufwand betrieben und welcher Nutzen daraus gezogen wird.

Herr Evers bezweifelt, dass die Schulung der Mitarbeiter keine haushaltsrechtlichen Auswirkungen haben soll.

Herr Kremer antwortet, dass jedes Amt über ein Budget für Fortbildungsmaßnahmen verfügt. Unmittelbare Finanzauswirkungen hat der Beschluss nicht. Die Einsparungen von 60 TEUR treten gewissermaßen bei jedem Bauprojekt auf.

Abschließend erklärt Herr Wille, dass es sich um geplante Mittel handelt, bei denen es keine Veränderungen gibt. Grundsätzlich stellt sich die Frage, wo die Forderung vielleicht noch einmal angepasst werden muss.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 8 Enth.

TOP 6.15. Uferstreifen zwischen Nordmole und „Utkiek“

06/390

Herr Linke fragt an, wie hoch die Unterhaltskosten sind.

Herr Wixforth erklärt, dass nach Hörensagen durch das Land ein kleinerer sechsstelliger Betrag für die Instandsetzung der Schäden, die im Frühjahr und Sommer aufgetreten sind, aufgewendet wurde. Es wird eingeschätzt, dass die jetzt erfolgte Instandsetzung

hinreichend ist.

Der Punkt a) des Beschlussvorschlages wird abgestimmt:

Das Angebot des Landes M-V, der UHGW das betreffende Flurstück 101/19 im Rahmen einer Vermögenszuordnung zu übertragen, anzunehmen.

Abstimmungsergebnis: 0 Stimmen

Der Punkt b) des Beschlussvorschlages wird abgestimmt:

Das Angebot des Landes auf Vermögenszuordnung abzulehnen und die Unterhalt- und Sicherungspflicht beim Land M-V zu belassen.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 8 Enth.

TOP 6.16. Keine Überlassung kommunaler oder eigenbetrieblicher Flächen an Zirkusse, die Wildtiere mitführen

06/422

Herr Linke erläutert die Vorlage.

Es wurden spezifisch Wildtiere genannt, die in der Liste der Bundestierärztekammer aufgeführt sind.

Mögliche Tiere für einen Zirkus wären Bären und Kamele, die als Haustiere gelten.

In dieser Vorlage gibt es zwei wesentliche Punkte. Gefährdete Wildtiere sollen nicht mehr mitgeführt werden und eine nicht artgerechte Haltung soll verhindert werden.

Städte wie Ingolstadt haben diese Punkte längst umgesetzt.

Herr Mundt erklärt, dass es hierfür keine gesetzliche Grundlage gibt und er keinen Zwang für die Durchsetzung sieht. Wie weit soll bei den Verboten gegangen werden.

Herr Linke möchte keinen Tierpark schließen. Auch wenn es nicht verboten ist, kann die Stadt bei diesem Thema vorangehen. Die genannten Kriterien sind nicht objektiv, sondern entsprechen Aussagen von Tierärzten.

Nach weiterer Diskussion wird die Vorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen

TOP 6.17. Förderung junger Familien durch Gewährung von Preisnachlässen bei Grundstückskäufen

06/415

Die Vorlage wird durch Herrn von Malottki erläutert.

Zum bezahlbaren Wohnraum gehört auch, selber Grundstücke zu erwerben. Daher hat die Bürgerschaft beschlossen, bei B-Plan 88 aktiv zu werden. Die jetzige Richtlinie sieht vor, dass ein Teil der Förderung an eine Eheschließung gekoppelt ist. Das wird als nicht richtig empfunden. Familie bedeutet, dass Menschen mit Kindern leben. Darunter sollten auch Paare fallen, die nicht verheiratet sind sowie eingetragene Lebenspartnerschaften oder Alleinerziehende mit Kindern. Die Förderung sollte an die Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder gekoppelt werden.

Herr Kremer erklärt, dass Preisnachlässe vom Ministerium geprüft und genehmigt werden müssen. Willkürlich können keine Preisnachlässe gewährt werden, diese müssen sich an der Richtlinie orientieren. Die Erhöhung des Preisnachlasses bei Verkauf von 5 % auf 6 % ist eine politische Entscheidung. Problematisch hält er die Regelung, die bei den Erbauzinsen vorgeschlagen wird. Hier soll der Fördersatz von 0,5 % auf 1 % je Kind erhöht werden. Bisher wird die Förderung für 15 Jahre pro Kind gewährt. Laut Vorschlag soll dieses für die gesamte Laufzeit des Erbbaurechts gelten. Momentan bekommen Verheiratete und Nichtverheiratete einen Preisnachlass für Kinder.

Im Vergleich zur jetzigen Regelung sollen Verheiratete schlechter gestellt werden. Verfassungsrechtlich hält er das nicht für geboten. Familien stehen unter besonderem Schutz des Grundgesetzes. Eine Bevorzugung kann daher durchaus erfolgen. Die bisherige Regelung hat sich bewährt.

Ab 19.30 Uhr nimmt Herr Dr. Fassbinder an der Sitzung teil. Damit sind 15 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Herr Wille: Grund für die Förderung junger Familien war, ein Anreiz zu schaffen. Nicht nur ältere Familien, die schon ein gewisses Vermögen erarbeitet haben, sollen in der Lage sein zu bauen. Er kann nicht erkennen, welcher Zweck mit der Erhöhung verfolgt wird. Ein Argument könnte sein, dass der jetzige Anreiz nicht ausreicht und es daher zu wenige Bewerbungen gibt. Dagegen spricht die Aussage von Herrn Kremer, dass bereits vor Beschlussfassung zum B-Plan 88 viele Kaufanträge von Familien mit Kindern vorlagen. Herr Wille findet die bisherige Regelung ausreichend.

Die Dimension in Bezug auf die Erbbaupacht hält er für rechtswidrig. Solange die Nachfrage junger Familien besteht, würde er auf eine Ausweitung der Förderung verzichten.

Zum Abschluss der Diskussion schlägt Herr von Malottki vor, die Punkte 1 und 2 zusammen abzustimmen sowie die Punkte 3 und 4. Die vorgebrachten Argumente sollen Berücksichtigung bei der Überarbeitung der Beschlussvorlage bis zur Bürgerschaftssitzung finden.

Punkte 1 und 2 Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 1 Enth.

Punkte 3 und 4 Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 3 Enth.

TOP 7. Information der Verwaltung

TOP 7.1. Bewirtschaftung Parkscheinautomaten

06/387

Herr Wixforth bringt die Vorlage ein.

Es bestand der Verdacht, dass die Strukturen, in denen die Parkscheinautomaten betrieben werden, nicht effizient sind. Mit Bürgerschaftsbeschluss vom 27.10.2014

sollte ein Konzept für eine effizientere Bewirtschaftung erstellt werden. Seitens der Verwaltung wurden die Strukturen untersucht und Kostenvergleiche angestellt. Hierbei ist man zu dem Ergebnis gekommen, dass die Variante der Arbeitsteilung zwischen der GPG, die 49 Parkscheinautomaten im Innenstadtbereich bewirtschaftet, und dem Bauhof mit 9 Parkscheinautomaten im weiteren Stadtumfeld, günstiger ist, als wenn die Aufgabe auf einen Bewirtschafter konzentriert wird.

Herr Wille informiert, dass der Quartalsbericht zum Halbjahr vorliegt. Mit den Unterlagen zur Bürgerschaftssitzung wird dieser zur Verfügung gestellt. Herr Wille bittet, dass sich daraus ergebende Fragen entweder in der Bürgerschaft durch die Mitglieder gestellt oder in der nächsten Finanzausschusssitzung mündlich geklärt werden. Er bittet, keine Fragenkataloge zu erstellen. Auch für vereinbarte Gesprächstermine steht er zur Verfügung.

Aufgrund der Prognose, die im Zusammenhang mit dem Bericht angestellt wurde, wird das Haushaltsjahr planmäßig verlaufen.

Frau Teetz informiert zum Eigenbetrieb Kita:
Das Ministerium hat mitgeteilt, dass keine Verletzung von Rechtsvorschriften geltend gemacht werden. Daraufhin wurde die Eigenbetriebssatzung zum 30.08.2015 erlassen und ist jetzt wirksam. Derzeit befindet sich der Betriebsausschuss in Konstituierung. Durch den Eigenbetriebsleiter erfolgt eine Terminfindung.

In Bezug auf die Greifswald Marketing Gesellschaft ist das Anzeigeverfahren ebenfalls abgeschlossen. Die Gründung wurde am 15.07.2015 beurkundet. Das Stammkapital wurde eingezahlt. Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte am 07.08.2015.

TOP 8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

keine

TOP 9. Informationen des Ausschussvorsitzenden

keine

TOP 10. Schluss der Sitzung

Herr Mundt beendet die öffentliche Sitzung.

